

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	51
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	98/2018
		GZ:	0605
Sitzungstermin:	21.02.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	Herr Scharf (L/OB-K)		
Protokollführung:	Herr Häbe / de		
Betreff:	Kampagne und Stuttgart-Tag zur Kommunalwahl 2019		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 09.02.2018, GRDRs 98/2018. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Einführend trägt Herr Scharf vor, mit der Vorlage nehme sich die Verwaltung dem Beschluss des Gemeinderates an, zum Thema Kommunalwahl folgendes zu tun:

- Werbend für die Beteiligung an der Kommunalwahl tätig zu werden
- Präsentation der Vorschläge der Parteien an einem Veranstaltungstag.

Die Ausgestaltung, insbesondere was die Werbekampagne für die Kommunalwahl angeht, wolle die Verwaltung ausschreiben. Dies sei seitens der Verwaltung bereits bei den Etatberatungen in ihrer Stellungnahme dargelegt worden. Dazu werde eine Unterstützung aus dem durch den Gemeinderat beschlossenen Budget benötigt.

Beachtet gehöre, dass bei dem Geplanten den Aspekten "Parteilpolitische Neutralität" und "Gleiche Berücksichtigung aller Wahlvorschläge" Rechnung getragen werde.

Die Verwaltung stelle sich vor, den Veranstaltungstag, den sogenannten Stuttgart-Tag, nicht am Tag der Kommunalwahl vorzusehen, sondern unter Beachtung aller rechtlichen Kriterien vorgelagert. Nach Ausarbeitung des Vorschlags werde er auf den Gemeinderat zukommen.

Ihre Zustimmung zum Beschlussantrag signalisieren StR Körner (SPD), StR Kotz (CDU) und StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE). Ablehnend äußern sich StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) sowie StR Klingler (AfD).

Im Geplanten sieht StR Körner eine demokratiestärkende Maßnahme. Seines Erachtens muss der niedrigen Wahlbeteiligung entgegengewirkt werden, um auch für mehr Vertrauen in Gemeinderatsbeschlüsse bzw. für eine Steigerung der Legitimation dieser Beschlüsse zu werben. Die niedrige Wahlbeteiligung unterscheide sich noch stärker in den Stadtquartieren. Bei einer Bundestagswahl habe die Bertelsmann-Stiftung analysiert, dass die Wahlbeteiligung, und dies formuliert er zugespitzt, zwischen ärmeren und reicheren Stadtvierteln stark auseinanderklaffe. In reicheren Stadtvierteln gingen demnach mehr Menschen zur Wahl. Dieses Auseinanderklaffen verstärke sich bei niedrigeren Wahlbeteiligungen. Auch hier gehöre gegengesteuert, schließlich sollten alle Stadtviertel gleichermaßen im Gemeinderat repräsentiert sein.

Eigentlich, so StR Rockenbauch, müsse Politik darauf abzielen, die Anzahl armer Menschen zu reduzieren. Unnötig sei ein Format zu finden, in dessen Rahmen sich alle Wahlvorschläge präsentieren könnten. Da dies Aufgabe der Wahlvorschläge sei, sollten dafür keine Steuergelder aufgewendet werden. Der Umfang der geringen Wahlbeteiligung zeigt ihm, dass die Kommunalwahlen für viele Bürger/innen keine Bedeutung mehr haben. Bei den Bürgern habe sich Frust angesammelt. Dies resultiere daraus, da keine konkreten Lösungen zu Themen wie Verkehr, Wohnen und Klima unterbreitet würden. Eine weitere Kampagne löse das Problem nicht. Zudem fehlen für ihn Formate, die die Arbeit des Gemeinderates transparent und öffentlich machen. Über komplexe Debatten und die dort vertretenen unterschiedlichen Positionen gebe es auch keine Medienberichte. Des Weiteren spricht er sich für mutigere Mitbestimmungsprozesse aus (z. B. Bürgerhaushalt, Direktwahl von Bezirksbeiräten). Solche Schritte würden den Bürgern zeigen, dass sie ernst genommen werden und dann würden sie sich an der Kommunalwahl in "ihrer Stadt" auch beteiligen.

StR Klingler geht nicht davon aus, dass sich mit 500.000 € für eine Kampagne eine Steigerung der Wahlbeteiligung erreichen lässt. Seiner Überzeugung nach wären diese Mittel für ausführlichere Berichterstattungen im Amtsblatt sowie im Internet zu politischen Themen besser eingesetzt.

Den Stuttgarter Gemeinderat empfindet StR Kotz nicht als mutlos. Mutlos sei die Fraktionsgemeinschaft von StR Rockenbauch beim Gestalten von Politik, indem Kompromisse verweigert würden. Er sieht den Schwerpunkt der vorgesehenen Kampagne nicht in der Darstellung der Wahlvorschläge, vielmehr sollte es ein wichtiger Ansatz sein, dort klar zu machen, mit welchen Themen sich der Gemeinderat beschäftige und welche Beschlüsse der Gemeinderat treffe. Dabei sei auch der Unterschied zum Oberbürgermeister darzustellen.

Mit der Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung wurde für StRin Deparnay-Grunenberg von der Stadt bereits ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen. Die Umsetzung dieser Leitlinie und die Auswirkungen würden allerdings noch Zeit benötigen. Der Veranstaltungstag sei ein Versuch auf die Wahlbeteiligung positiv Einfluss zu nehmen. Dies werde mitgetragen. Auch sie erachtet es als wichtig, die Kompetenzen des Gemeinderates hervorzuheben und über die Zusammensetzung des Gemeinderates zu informieren.

Nachvollziehbar ist für StR Körner, dass der Stuttgart-Tag nicht am Tag der Kommunalwahl stattfinden kann. Um einen Bezug zu dieser Wahl herzustellen sollte diese Veranstaltung aber so zeitnah wie möglich zum Wahltag stattfinden.

Die Verwaltung, so Herr Scharf, wolle nicht auf die Wahlwerbung der Parteien eingehen. Der Fokus solle auch nicht auf einem Tag liegen, sondern ein vor dem Wahltag stattfindender Prozess, solle die Parteilvorschläge unterstützen indem plakativ über die Aufgaben, die Verpflichtungen und die inhaltlichen Herausforderungen des Gemeinderates informiert werde, durchaus in Unterscheidung zu der Verwaltungsspitze. Wenn es an diesem Stuttgart-Tag eine Veranstaltung geben sollte, gehe es nicht darum, dass sich dort nur die derzeit im Gemeinderat vertretenen Parteien/Gruppierungen darstellen könnten, sondern diese Möglichkeit müsste allen Wahlvorschlägen eingeräumt werden.

EBM Föll stellt abschließend fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen mehrheitlich nachfolgend aufgeführten Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kampagne, die zur Verbesserung der Wahlbeteiligung und der Bereitschaft, sich zur Wahl zu stellen, beitragen soll sowie die Veranstaltung eines sogenannten Stuttgart-Tags auszuschreiben und durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans eine/-n Sachbearbeiter/-in (100% in EG 13) ab sofort zu beschäftigen. Die Ermächtigung wird zeitlich befristet bis zum Ablauf des Monats, der auf den Monat der Kommunalwahl 2019 folgt.
3. Die Aufwendungen werden im Teilergebnishaushalt THH 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8108020 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kontengruppe 420 - Aufwand für Sach-/Dienstleistungen bzw. Kontengruppe 400 - Personalaufwendungen gedeckt.

Zur Beurkundung

Häbe / de

Verteiler:

- I. L/OB
zur Weiterbehandlung
L/OB-K

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN